

Staatsausgaben ihre privaten Ausgaben reduzieren; sie antizipieren, dass die Steuerbelastung im entsprechenden Ausmaß steigen werde.<sup>11</sup> Die neuere wirtschaftspolitische Diskussion verwendet den Begriff der Politik-Ineffektivitätshypothese wegen seiner realitätsfernen Annahmen seltener, sie spricht lieber von non-Keynesian effects; der Konflikt aber blieb.

Der Streit um die Höhe der Multiplikatoren und damit um die Wirkungen expansiver Budgetpolitik verläuft insofern weitgehend unbefriedigend, als der Multiplikator nach theoretischen Überlegungen wie nach empirischer Erfahrung keine Konstante sein kann, sondern von zahlreichen, sehr unterschiedlichen Faktoren abhängt. Relevant sind vor allem Offenheit und damit auch Größe des Wirtschaftsgebiets, die Ursachen der Zielverletzung, das Ausmaß der Kapazitätsauslastung, die jeweils eingesetzten Instrumente der Fiskalpolitik, die Art der Geldpolitik und die Erwartungen der Wirtschaftssubjekte.

An erster Stelle ist die *Offenheit des Wirtschaftsgebiets* zu nennen: Im Idealfall einer geschlossenen Wirtschaft können hydraulisch-keynesianische Maßnahmen am stärksten wirken; je offener die Wirtschaft desto größer die Sickerverluste; die Multiplikatoren schrumpfen, die Nachfrage fließt ins Ausland ab, die Schulden bleiben dem Inland. Da die Offenheit unvermeidlich (auch) eine Funktion der Größe des Landes ist, sind kleine Länder von den Sickerverlusten stärker betroffen als große: Ein fiskalpolitischer Alleingang Österreichs mit einer Außenquote von 54% wäre insofern wenig effektiv und relativ teuer, wogegen entsprechende Maßnahmen in der EU mit einer Außenquote von 14% sehr wohl wirksam wären; gegeben die übrigen Voraussetzungen würden sie sich durch zusätzliche Steuereinnahmen relativ rasch selbst finanzieren. Bedauerlicherweise fehlt der EU allerdings die entsprechende Kompetenz, und die „freiwillige“ Koordinierung der Fiskalpolitik ließ bisher sehr zu wünschen übrig.

Ob es zu einer „*Selbstfinanzierung*“ hydraulischer Maßnahmen kommt, hängt einerseits von der Qualität der Maßnahmen ab – ob sie das Wachstum genügend steigern, um das Steueraufkommen entsprechend steigen zu lassen –, andererseits auch vom Zinssatz. Domar (1944) hat schon zur Zeit des zweiten Weltkriegs darauf hingewiesen, dass der Zinssatz unter der Wachstumsrate liegen muss; mit anderen Worten: Die gesamtwirtschaftliche „Rendite“ des Konjunkturprogramms muss höher sein als der Zinssatz, zu dem sich der Staat verschuldet.

Selbst im Idealfall einer geschlossenen Wirtschaft funktioniert Fiskalpolitik a la Hydraulik jedoch bloß unter ganz bestimmten Voraussetzungen. Als wichtigste ist wohl die *Ursache der Zielverletzung* zu erwähnen. Es wird immer wieder übersehen, dass Fiskalpolitik nur gegen einen Mangel an effektiver Nachfrage wirkungsvoll eingesetzt werden kann. Geht die Arbeitslosigkeit auf Strukturprobleme, auf mangelnde Konkurrenzfähigkeit, auf Mängel der Ausbildung oder falsche Lohnstruktur zurück, bleiben